

A5 C – Was Frieden schützt

Antragsteller*in: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 11.09.2023)

Antragstext

1 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat
2 gezeigt:
3 Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine
4 Selbstverständlichkeit. Sie
5 müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und gestärkt werden. Moskau hat das
6 Friedensprojekt
7 Europäische Union herausgefordert. Gemeinsam mit unseren ukrainischen
8 Freund*innen haben wir
9 diese Herausforderung angenommen – und halten stand.

10 Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt
11 immer
12 autoritärer auf und stellt die regelbasierte internationale Ordnung infrage.
13 Chinas
14 Konkurrenz mit den USA stellt auch unser Leben und Wirtschaften vor bedeutende
15 Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika fordern Staaten und
16 Gesellschaften
17 derweil zu Recht faire Mitsprache und einen gleichwertigen Platz an
18 Verhandlungstischen ein.

19 Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam
20 mit den Folgen
21 der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise machen sie einmal
22 mehr deutlich:
23 Wir müssen unsere Kräfte bündeln, um den Frieden in Europa zu schützen, um
24 Europa in der
25 Welt sicherer zu machen.

26 Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat Europa bewiesen, wie sehr es
27 in der Lage
28 ist, auch international für Frieden, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu
29 wirken. Es hat
30 bewiesen: Man kann Frieden lernen, stabilisieren und zum Wohle aller gestalten.
31 Das gibt
32 Hoffnung in schwierigen Zeiten: Eine EU, die auf der Weltbühne selbstbewusst
33 auftritt und
34 mit einer Stimme spricht, ist imstande, sich gegen Unfreiheit und Krieg zu
35 behaupten, unsere
36 Interessen und Werte zu verteidigen, Einflussnahme von außen abzuwehren, Zukunft
37 und Frieden
38 zu gestalten – und das Leben der Menschen spürbar zu verbessern. Dieses Europa
39 bietet
40 weltweit Perspektiven für politische und wirtschaftliche Entwicklung – und damit
41 ein
42 dringend benötigtes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.

43 Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale
44 Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von

45 „Wandel durch
46 Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische Regime wie
47 Russland im
48 Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger*innen handeln, um ihre
49 imperialen
50 Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir treten deshalb für ein souveränes und
51 selbstbewusstes
52 Europa ein, das nicht abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt;
53 ein Europa,
54 das sich aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine
55 handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all
56 jene
57 Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb
58 des
59 europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor allem dann
60 effektiv
61 durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt stellt – der oft
62 behauptete
63 Widerspruch ist keiner.

64 Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem
65 wertegeleiteten und
66 fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür
67 sind die
68 Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken und gerechter
69 gestalten
70 wollen. Sie sind der beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem die Stärke des
71 Rechts
72 wirkt, nicht das Recht des Stärkeren.

73 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler
74 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den
75 Frieden zu
76 wahren, demokratische Kräfte zu stärken und Konflikten vorzubeugen. Die EU muss
77 aktiv um
78 Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werben. Orientiert an den
79 Nachhaltigkeitszielen wollen wir globale Gerechtigkeit fördern.

80 Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das
81 macht es
82 schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften sind
83 nachweislich
84 friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und
85 wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind
86 nachhaltiger, wenn
87 Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch
88 Frauen in
89 der Außenpolitik umfassend vertreten sind.

90 Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit,
91 die
92 Klimakrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten
93 haben durch

94 ihre jahrzehntelangen Emissionen eine zweifache Verantwortung: Sie müssen im
95 ganz eigenen
96 Interesse selbst schnell klimaneutral werden und zugleich ärmere Länder auf
97 ihrem Weg zu
98 klimaneutralem Wohlstand partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir
99 die
100 Klimadiplomatie ins Zentrum unseres Plans für eine europäische Außenpolitik und
101 damit die
102 Weichen für belastbare Partnerschaften – Partnerschaften, die auch dabei helfen
103 werden,
104 unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und Rohstoffen zu sichern. Dabei
105 muss die EU
106 auch weltweit gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen entscheidenden Beitrag zu
107 den nötigen
108 Investitionen für eine klimagerechte Entwicklung leisten.

109 Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden auch militärisch zu
110 verteidigen. Dies können wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn
111 wir unsere
112 Sicherheitspolitik europäisch koordinieren. Dabei bleiben militärische Maßnahmen
113 für uns
114 Ultima Ratio: Wir wollen einen umfassenden Ansatz europäischer Außenpolitik, der
115 die
116 menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt rückt – und auf Vorbeugung und zivile
117 Bearbeitung
118 von Krisen und Konflikten setzt. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt
119 der
120 Notwendigkeit vor, Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Wir denken
121 Sicherheit von
122 jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer
123 Politik stehen.
124 Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertgeleiteten Sicherheitspolitik ist
125 Teil des
126 europäischen Versprechens.

127 Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und
128 Hoffnung gibt.
129 Das Streben vieler Ukrainer*innen danach, ihre Freiheit zu behaupten und Teil
130 der
131 europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin mit brutaler Waffengewalt
132 beantwortet
133 worden sein. Aber es lebt fort und beweist, welche Strahlkraft das europäische
134 Projekt über
135 die eigenen Grenzen hinaus entfalten kann. Wir bekennen uns zum Beginn des
136 ukrainischen
137 Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der
138 unermesslichen Leistung,
139 die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und die europäischen Werte
140 erbringt.

141 Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt
142 die eigenen
143 Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst die Hand.

144 An diesem
145 Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

146 1. Eine europäische Außenpolitik

147 Gemeinsam außenpolitisch handeln

148 Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin
149 agieren kann.
150 Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller
151 27
152 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen
153 im Rat ein,
154 die dabei die Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten
155 berücksichtigt. Um das
156 zu erreichen, wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der
157 europäischen Verträge
158 nutzen und setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

159 Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen
160 die
161 bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die Außen-
162 und
163 Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem europäischen
164 Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst wollen wir
165 stärken. Um eine
166 gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen, braucht es einen echten
167 europäischen
168 diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir die Europäische Diplomatische Akademie
169 fest
170 verankern, um Kompetenzen im Bereich EU-Außenpolitik unter Diplomat*innen aus
171 den
172 Mitgliedstaaten auszubauen. Konsularische Dienste der Mitgliedsländer wie
173 Visafragen,
174 Rechtshilfe oder Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen Botschaften
175 bündeln.

176 Das Klima global schützen

177 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie
178 bedroht die
179 Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die
180 Flucht. Sie
181 verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel und
182 Wasser.

183 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke
184 europäische
185 Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen steht. Wir
186 stehen für eine
187 EU, die weltweit Partnerschaften für die Minderung des CO₂-Ausstoßes knüpft,

188 Partnerländer
189 beim klimaneutralen Auf- und Umbau ihrer Wirtschaftssysteme und
190 Energieversorgung sowie bei
191 der Anpassung an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine
192 der größten
193 Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der
194 Vereinbarung im
195 Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich 100 Milliarden
196 US-Dollar
197 aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung
198 zielgerichtet und im
199 Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens
200 eingesetzt
201 werden. Ein Vorbild dafür sind sogenannte Just Energy Transition Partnerships,
202 die die
203 Bundesregierung gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit
204 mehreren Ländern
205 abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte
206 Energiewende.
207 Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur Ausgestaltung eines
208 Loss-and-
209 Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise geschädigten
210 Gemeinschaften
211 finanziell angemessen unterstützen soll.

212 Unser Ziel ist es, die globale Energiewende zu beschleunigen und den Ausstieg
213 aus fossilen
214 Energien voranzutreiben. Wir setzen uns deshalb für ein verbindliches globales
215 Ziel für den
216 Ausbau erneuerbarer Energien und eine ambitionierte Klimafinanzierung ein. Dafür
217 braucht es
218 zusätzliche Mittel zur ODA-Quote. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die
219 Europäische
220 Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) müssen sich noch stärker
221 partnerschaftlich an
222 der Modernisierung der Wirtschaft unserer Partnerländern beteiligen.

223 Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen
224 Kommission,
225 Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen, um
226 internationale
227 Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte Klimacub kann dabei eine
228 zentrale
229 Rolle einnehmen, um internationale Strukturen im Rahmen des Pariser Abkommens zu
230 unterstützen und ambitionierte Ziele für Klimaschutz sowie nachhaltiges Wachstum
231 voranzutreiben. Mit der geplanten Strategie für Klimaaußenpolitik kann die
232 Bundesregierung
233 Deutschland zum Vorreiter machen. Das möchten wir zum Vorbild für Europa nehmen.

234 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine
235 enorme
236 Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von
237 Kunming-

238 Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement
239 mit den am
240 stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den
241 Schutz von
242 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die
243 biologische
244 Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

245 Global Gateway zum Erfolg bringen

246 In vielen Teilen der Welt, vor allem im Globalen Süden, gibt es einen gewaltigen
247 Investitionsbedarf, um Wachstum, Mobilität und Wohlstand unter der Bedingung der
248 Klimaneutralität zu erreichen. Auf diesen Bedarf antwortet bislang vor allem das
249 chinesische
250 Programm einer „neuen Seidenstraße“. Die europäische Global-Gateway-Strategie
251 wollen wir zu
252 einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das Partnerländern eine
253 Alternative zur
254 chinesischen Politik anbietet, die durch starke finanzielle Abhängigkeiten
255 etabliert wird.

256 Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren
257 Partnerländern wollen wir damit klimaneutralen Wohlstand schaffen, den Schutz
258 der
259 Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren und die Produktion von
260 grüner Energie
261 in unserer Nachbarschaft fördern.

262 Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit
263 substanziellen
264 Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten Kapital die
265 nötigen
266 Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und Verbindlichkeit des Programms
267 weltweit und
268 innerhalb der EU zu verbessern, wollen wir eine Sondergesandte bzw. einen
269 Sondergesandten
270 dafür einrichten. Die EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten
271 setzen und
272 alle Projekte auf der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den
273 Partnerländern
274 nach Beratung mit der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten. Maßstab sind für uns
275 hierbei die
276 Menschenrechte, die Agenda 2030 der UN sowie die Einhaltung der Ziele des
277 Pariser
278 Klimaabkommens. Zudem muss die EU-Kommission die Kohärenz und eine größere
279 Transparenz bei
280 der Auswahl der strukturpolitischen Projekte sowie bei ihrer Durchführung und
281 Evaluierung
282 sicherstellen.

283 Internationale Organisationen stärken

284 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im
285 Fall des
286 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale
287 Staatengemeinschaft in
288 der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl handlungsfähig ist, als eine
289 überragende
290 Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg mehrfach und deutlich verurteilte. Die EU
291 und ihre
292 Mitgliedstaaten leisten mehr als die Hälfte aller Beiträge zu multilateralen
293 Organisationen
294 wie dem UN-System. In den anstehenden Reformdiskussionen wollen wir durch ein
295 koordiniertes
296 Vorgehen der EU die UN und ihre Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu
297 gehört eine
298 Reform des Sicherheitsrats, in dem wir eine gerechtere Repräsentanz der
299 Weltregionen
300 gewährleisten wollen. Langfristig zielen wir darauf ab, das Vetorecht
301 abzuschaffen.

302 Bei der Weltbank, die mit der Evolution Roadmap ihren Reformprozess bereits
303 begonnen hat,
304 muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung und Demokratisierung einsetzen,
305 um
306 angemessen auf die heutigen globalen und entwicklungspolitischen
307 Herausforderungen reagieren
308 zu können. UN-Sonderorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die
309 Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um Menschen in Not zu helfen.
310 Die EU muss
311 diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und stärken.

312 Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive Personalpolitik der EU bei der
313 Besetzung von
314 Posten in internationalen Organisationen etwa bei der International
315 Standardization
316 Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

317 Menschenrechte weltweit verteidigen

318 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von
319 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste
320 niedergeschlagen. Wir
321 setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien,
322 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-Verteidiger*innen. Wir
323 wollen die
324 Fördermöglichkeiten ausbauen und die entsprechenden Schutzinstrumente und
325 Institutionen,
326 beispielsweise Sonderberichterstatter*innen und den Europäischen
327 Demokratiefonds, finanziell
328 stabilisieren und zugänglicher machen.

329 Der Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit
330 und
331 Selbstbestimmung eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen entsprechend der
332 Globalen
333 Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung von
334 gezielten
335 Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für schwere
336 Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen beteiligt
337 sind.

338 Menschenrechts-Verteidiger*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes,
339 unserer
340 Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von
341 Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine
342 geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte
343 Gruppen, etwa
344 Verteidiger*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltisiko ausgesetzt sind.
345 Gefährdeten
346 Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir in der EU mit einer schnelleren und
347 vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die
348 Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger*innen stark machen.
349 Dazu gehört
350 etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale
351 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen
352 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Nach Vorbild des kanadischen
353 Resettlement-
354 Programms setzen wir uns für ein europäisches Schutzprogramm von Menschenrechts-
355 Verteidiger*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell und unbürokratisch
356 Schutz zu
357 erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung fortführen zu können.

358 Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen

359 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger und
360 wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen
361 Menschenrechte.
362 Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Gewalt, Armut und
363 Krieg, aber
364 auch von den Folgen der Klimakrise betroffen. Gleichzeitig sitzen oft nur wenige
365 von ihnen
366 mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit
367 der UN-
368 Resolution 1325 ist der Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie
369 ihre Teilhabe
370 bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir
371 wollen
372 weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und
373 Entwicklungspolitik ein, die
374 Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten
375 Gruppen in
376 allen Bereichen weltweit stärkt. Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung

377 aller Formen
378 von Diskriminierung zum Ziel. Wir wollen sie als ein Leitprinzip der
379 Außenbeziehungen der EU
380 verankern. Die Leitlinien für die feministische Außenpolitik der Bundesregierung
381 sind
382 Vorbild für die Debatte auf europäischer Ebene.

383 Wir setzen uns dafür ein, den Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen
384 der EU
385 deutlich zu erhöhen, und dafür, dass die Perspektiven von Frauen und Mädchen bei
386 allen
387 internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die Kapazitäten für
388 Gender und
389 Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken.

390 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im
391 Kampf gegen
392 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Nach dem Beitritt der EU
393 zur Istanbul-
394 Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-
395 Mitgliedsländer. Auch
396 fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen die
397 Diskriminierung und
398 für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ*-Personen.

399 Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen
400 feministischer
401 Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig ausrichtet. Sie muss
402 ihr selbst
403 gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025 85 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme
404 auch zur
405 Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Dazu soll die EU mehr Mittel für Projekte
406 zur Förderung
407 von Frauen bereitstellen, besonders im Bereich der Bildung sowie der sexuellen
408 und
409 reproduktiven Gesundheit. Zudem müssen intersektionale Perspektiven in den EU-
410 Aktionsplan
411 für die Gleichstellung der Geschlechter Eingang finden.

412 2. Eine europäische Sicherheitspolitik

413 Europa gemeinsam verteidigen

414 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich
415 vor Augen
416 geführt, dass wir unsere Art zu leben im äußersten Notfall auch militärisch
417 verteidigen
418 können müssen. Die Zukunft der Bündnisverteidigung und der kollektiven
419 Reaktionsfähigkeit
420 liegen in der europäischen und transatlantischen Integration und

421 Interoperabilität unserer
422 Streitkräfte.

423 Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik
424 zusammenarbeiten, desto
425 besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die europäische
426 Verteidigungsfähigkeit
427 sicherstellen, gerade auch als Teil des transatlantischen Bündnisses (NATO). Der
428 strategische Kompass der EU und die Einbettung in das strategische Konzept der
429 NATO sind
430 dafür maßgebend.

431 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit
432 einer starken
433 parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte Zusammenarbeit der
434 Streitkräfte, zum
435 Beispiel innerhalb von permanenten EU-Einheiten, wollen wir ausbauen. Dabei sind
436 gemeinsame
437 Rahmenstandards und Arbeitsbedingungen für Soldat*innen notwendig. Wir wollen
438 die gemeinsame
439 EU-Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen,
440 zum Beispiel
441 bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

442 Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und
443 Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und
444 personell.
445 Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein,
446 einer
447 kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen und sich am Leitbild der menschlichen
448 Sicherheit
449 orientieren. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze sollten stärker vom Europäischen
450 Parlament
451 begleitet, kontrolliert und evaluiert werden. Wir verstetigen die Unterstützung
452 der Ukraine
453 im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) und stärken deren Einheit für
454 Risikoanalyse und Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten so angepasst
455 werden,
456 dass die Verfügbarkeit der Mittel und die Planbarkeit der Ausgaben verbessert
457 werden.

458 Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-
459 Mitgliedstaaten zu
460 Überlappungen und damit zur Verschwendung von Steuergeldern in großem Maßstab.
461 Unser Ziel
462 ist eine gemeinsame europäische Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern.
463 Dafür bedarf
464 es finanzieller Anreize und Vertrauen, aber auch des politischen Willens, die
465 industriepolitischen Interessen der Mitgliedstaaten zugunsten von mehr
466 gemeinsamer
467 Sicherheit zurückzustellen. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) hat das
468 bisher nicht
469 im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die Zielsetzung von bestehenden

470 Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der gemeinsamen
471 Beschaffung
472 (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich fragil und
473 die
474 parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.

475 Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres
476 Finanzinstrument
477 schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den gesamten
478 militärischen
479 Fähigkeitszyklus abdeckt – von Forschung über Beschaffung bis hin zu
480 Instandhaltung und
481 Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter strenger und abgestimmter
482 Kontrolle des
483 Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente stehen.

484 Für einen gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkt muss die EU-Kommission
485 Standardisierung,
486 Zertifizierung und Normierung betreiben, um die gemeinsame Einsatzfähigkeit von
487 Waffensystemen sicherzustellen. Bei allen diesen Schritten muss die
488 Komplementarität mit
489 Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO gesichert bleiben.

490 Rüstungsexporte europäisch regulieren

491 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen
492 Waffensystemen schafft
493 mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Damit senkt sie auch den Druck, die
494 Waffensysteme an
495 Drittstaaten zu exportieren, und ist somit auch ein Beitrag für eine gemeinsame
496 wertebasierte Sicherheitspolitik. Für diese EU-Gemeinschaftsprojekte braucht es
497 einheitliche
498 und restriktive europäische Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf der Grundlage
499 des
500 gemeinsamen Standpunkts der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung
501 beschließen, die
502 Transparenz und Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer
503 gemeinsamen
504 Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare Entscheidungsmechanismen
505 und vor dem
506 Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten geben.
507 Vorangehende
508 Risikoanalysen sowie verbindliche und physische Endverbleibskontrollen müssen
509 dabei
510 vorgeschrieben werden. Europäische Waffen dürfen nicht weiter in die Hände von
511 Regimen
512 gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen oder diese für Verbrechen
513 der Aggression
514 nutzen. Wir setzen uns für ein Exportverbot für Überwachungstechnologien an
515 repressive
516 Regime und für ein weitgehendes Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten
517 ein.

518 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade
519 in
520 unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und
521 Abrüstungsinitiativen
522 fördern. Die EU muss sich für eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung
523 von Kernwaffen
524 (NVV) einsetzen und ihre Mitgliedstaaten zum schrittweisen Beitritt zum
525 Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum Bekenntnis zu Vision Global Zero ermutigen.
526 Das Ziel
527 unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt. Die völkerrechtlichen
528 Bemühungen um
529 eine Regulierung von autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen
530 Einsatz von
531 Waffensystemen geben, bei denen eine Maschine die letzte Entscheidung über Leben
532 und Tod
533 trifft.

534 Konflikten vorbeugen

535 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die
536 Konflikte
537 frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Wir wollen daher die EU-Mittel für
538 friedensfördernde
539 zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale
540 zivilgesellschaftliche
541 Konzepte und Akteure in der Friedensförderung stärker unterstützen und
542 Förderrichtlinien in
543 diesem Zusammenhang flexibilisieren. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung der
544 UN und der
545 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von
546 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir stärken.

547 Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument der EU-Außenpolitik durch
548 mehr
549 finanzielle Ressourcen und Personal stärken, um zum Beispiel die Polizei oder
550 das
551 Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit rechtsstaatlichen und
552 bürgernahen
553 Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und Konflikten vorbeugen. Eine
554 Neuausrichtung
555 der zivilen GSVP-Missionen auf Migrationsmanagement lehnen wir ab.

556 Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur
557 Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende
558 staatliche
559 Institutionen mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die menschliches
560 Leid erzeugen
561 und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

562 Die europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären
563 Hilfe wollen
564 wir stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie

565 effizientere Strukturen und Vergaberichtlinien der europäischen Organisation für
566 humanitäre
567 Hilfe ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser
568 koordinieren.
569 Schließlich wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe
570 verpflichten, stärker
571 auf geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von marginalisierten
572 Gruppen zu
573 achten.

574 3. Globale Gerechtigkeit

575 Verlässliche Partnerin sein

576 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die
577 Menschen, die
578 wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen
579 wollen. Damit
580 stehen wir für eine andere Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern
581 als
582 Autokratien. Chinas Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige
583 Abhängigkeiten zu
584 schaffen. Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die
585 Ukraine
586 gezeigt, dass es bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Wir wollen, dass die
587 EU aktiv den
588 Wettbewerb um die Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den
589 begonnenen Weg eines
590 koordinierten Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen
591 Partnerschaften
592 intensiviert. Dafür stehen wir auf europäischer Ebene ein. Dies muss auch dem
593 Erbe unserer
594 kolonialen Vergangenheit gerecht werden.

595 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von
596 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür
597 wollen wir die
598 bestehenden Instrumente der europäischen Entwicklungszusammenarbeit im Dialog
599 mit unseren
600 Partnern weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche
601 Akteure in
602 Hochschulen, NGOs oder Start-ups stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren.
603 Auch die
604 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein,
605 dass
606 zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern
607 des Globalen
608 Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU
609 gefördert werden.

610 Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für
611 die
612 Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-
613 Mitgliedstaaten das
614 gegebene Versprechen einlösen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für
615 Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es kommt aber nicht nur auf die
616 Quantität
617 der Unterstützung an, sondern auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell
618 und
619 unbürokratisch umzusetzen. Die Entwicklungsgelder müssen vor allem den
620 bedürftigsten Ländern
621 zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie des Pariser
622 Klimaabkommens beitragen. In Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch
623 die soziale
624 Absicherung der Menschen stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer
625 Sicherungssysteme als
626 nachhaltiges Instrument gegen Armut.

627 Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im
628 entwicklungspolitischen
629 Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den Team-Europe-Ansatz, der
630 in
631 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere sektorübergreifende
632 Koordinierung,
633 Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu
634 erhöhen,
635 setzen wir uns für sektorübergreifende Evaluierungen und einen
636 Transparenzmechanismus für
637 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament
638 wollen wir
639 in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

640 Ernährung global sichern

641 Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten
642 existenzielle
643 Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU muss sich für
644 ein
645 nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem einsetzen und damit zur
646 Umsetzung des
647 Rechts auf Nahrung beitragen.

648 Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen
649 Märkten ist
650 das beste Mittel, um die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen politische
651 Krisen und die
652 Folgen des Klimawandels zu machen. Projekte der europäischen
653 Entwicklungszusammenarbeit
654 sollen verstärkt wirtschaftlich tragfähige und ökologisch nachhaltige
655 Anbausysteme mit
656 möglichst geschlossenen Nährstoffkreisläufen fördern. Europäische
657 Agrarsubventionen,

658 patentiertes Saatgut und Landraub dürfen nicht länger kleinbäuerliche Strukturen
659 und Märkte
660 in Ländern des Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure
661 Abhängigkeiten schaffen.
662 Viele traditionelle Anbaumethoden geraten immer mehr unter Druck. Wir wollen den
663 Auf- und
664 Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die
665 biologische
666 Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Wir wollen uns im Rahmen der EU für
667 striktere
668 Mechanismen zur Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor
669 allem in
670 Notsituationen, einsetzen. Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und
671 Pestiziden, die in
672 der EU verboten sind, wollen wir beenden.

673 Die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern
674 muss dabei
675 im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung von Ernährungssystemen
676 umgesetzt werden,
677 inklusive Zugang zu Technologien, Infrastrukturen, Märkten und Finanzmitteln.

678 Globale Verantwortung annehmen

679 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa
680 und ehemaligen
681 Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in
682 wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die
683 Mitgliedstaaten
684 der EU müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen, die sich aus den
685 Verbrechen der
686 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür
687 braucht es
688 eine antirassistische Perspektive.
689 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen
690 bei den
691 Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und
692 Umweltschutzabkommen wollen
693 wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser
694 achten. Die
695 europäische Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit
696 Partnerländern und
697 Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen
698 kontinuierlich
699 evaluieren und weiterentwickeln.
700 Viele Entwicklungs- und Schwellenländer befinden sich in einer Schuldenkrise,
701 die ihre
702 Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv
703 einschränkt. Die
704 EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide Schuldenrestrukturierungen
705 und

706 Schuldenerlasse für besonders belastete Länder einsetzen. Dazu muss auch ein bei
707 den UN
708 angesiedeltes, transparentes und unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren
709 für Staaten
710 unter Einbezug von privaten Gläubiger*innen gehören. Wir wollen verhindern, dass
711 europäische
712 Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung missbraucht werden, was
713 die
714 finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens weiter
715 einschränkt.

716 4. Fairer Handel

717 Mit Handel Wohlstand schaffen

718 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann
719 Wohlstand mehren.
720 Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute als eine
721 wesentliche Säule
722 trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand aufgrund der starken
723 Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut funktionierenden globalen
724 Handel ab. Es
725 ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und politischen
726 Einfluss so
727 zu nutzen, dass sie durch Handelspolitik Wertschöpfung fördert und zusätzlich
728 weltweit
729 Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie Menschenrechte
730 beeinflusst. Auf diese Weise schützen wir auch unsere eigenen Standards vor
731 einem
732 Unterbietungswettbewerb und wirken damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

733 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt,
734 dass wir
735 Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine
736 vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft,
737 liefert
738 dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir europäische Unternehmen dabei
739 unterstützen,
740 ihre Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

741 Handelsinstrumente neu ausrichten

742 Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist
743 der
744 bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und
745 eventuelle
746 Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend reformieren, damit
747 sie dieser
748 Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen auch gute Arbeitsstandards,
749 Klima- und

750 Umweltschutz, Zugang zu Gesundheitsprodukten und grünen Technologien sowie eine
751 faire
752 Entwicklung in das Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.

753 Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch
754 handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir
755 setzen daher
756 verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern wie
757 Australien, Indien,
758 den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN,
759 die sich
760 ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel bekennen.

761 Wir setzen uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in alle
762 zukünftigen
763 internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden. Im Falle
764 eklatanter
765 Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das Pariser
766 Klimaabkommen, sollte
767 die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch machen oder das Abkommen
768 aussetzen. Das
769 kürzlich abgeschlossene Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland ist
770 ein Vorbild
771 für einklagbare Nachhaltigkeitsstandards.

772 Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des
773 geistigen Eigentums
774 (TRIPS) neu ausrichten. Damit werden wir den Transfer von klimafreundlichen
775 Technologien und
776 wichtigen Gesundheitstechnologien aus dem Globalen Norden in den Süden
777 unterstützen, um die
778 Entwicklung der dortigen Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu
779 senken.

780 Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa
781 indem sie die
782 Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen der EU und in
783 ihren
784 Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern und Dienstleistungen,
785 geistige
786 Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität stets mitgedacht werden. Dies
787 erfordert
788 eine Überarbeitung der europäischen Handelsinstrumente in den Bereichen
789 Datenbestimmungen,
790 Datenlokalisierung, Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und
791 digitaler
792 Binnenmarkt.

793 Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor
794 Beginn der
795 Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat gemeinsam
796 mit dem Rat
797 der EU bestimmen.

798 Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen
799 handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den
800 fairen
801 Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger industrialisierten
802 Staaten einen
803 offenen Dialog anbieten und ihnen in Handelsabkommen eine faire Chance zu einer
804 Industriepolitik mit dem Ziel eigener Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich
805 haben wir
806 durch eine stetige Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon
807 vieles
808 erreicht. Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-
809 Coercion-
810 Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von
811 Handelspartnern wehren
812 kann.

813 Im Einklang mit dem Klima handeln

814 Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken
815 Kreislaufwirtschaft
816 weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern gemeinsam Standards
817 zu
818 entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie klimaneutralen Stahl
819 entstehen
820 können.

821 Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt,
822 um eine
823 faire CO₂-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-Emissionshandelssystem
824 zu ergänzen
825 und abzusichern. Dadurch werden Importe von bestimmten Produkten wie etwa Stahl
826 oder Zement
827 aus Ländern ohne Emissionshandel teurer, wenn diese in klimaschädlichen
828 Verfahren
829 hergestellt werden. Der CBAM unterstützt damit auch die Modernisierung unserer
830 Industrie,
831 indem er beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer
832 Konkurrenz
833 durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb
834 sicherstellt.

835 Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere
836 klimaschädliche
837 Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige Investitionen
838 setzen. Dies
839 erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für bilaterale EU-
840 Investitionsverträge. Der
841 Ausstieg aus dem klimaschädlichsten Investitionsschutzvertrag der Welt – dem
842 Energiechartavertrag – von Deutschland und anderen EU-Ländern ist ein großer
843 Erfolg. Wir
844 kämpfen jetzt folgerichtig für einen Austritt der gesamten EU aus dem
845 Energiechartavertrag.

846 Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem
847 Ziel, die
848 gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen.

849 Auf faire Partnerschaften setzen

850 Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten
851 Handelspolitik
852 Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Die Gesetze zur
853 Regulierung der
854 europäischen Lieferketten sind ein wichtiger Hebel, um diese Ziele zu erreichen.
855 Damit
856 übernimmt die EU Verantwortung dafür, weltweit effektiv Sozial- und
857 Umweltdumping
858 zurückzudrängen.

859 Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen
860 Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes
861 Handelsabkommen angesehen
862 werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von indigenen Völkern und
863 Gemeinschaften
864 vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte schützen.

865 Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter*innen auf der Welt.
866 Produkte aus dieser
867 heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt nichts verloren. Das EU-
868 Importverbot
869 für Produkte aus Zwangsarbeit, welches gerade verhandelt wird, muss daher
870 konsequent
871 umgesetzt werden.

872 Die Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern müssen wir
873 fair gestalten.

874 Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten Afrikas, der Karibik
875 und des
876 Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und entwicklungsorientierten
877 Handels
878 überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen Vorteile der Least Developed
879 Countries, die es
880 diesen Ländern erlauben, Waren zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von
881 EPAs zu
882 garantieren und den Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu
883 ermöglichen.

884 5. Mehr EU in Europa

885 Erweiterungsperspektiven

886 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen
887 Interesse.

888 Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren Wohlstand. Deswegen

889 ist es
890 unsere Verantwortung, die Kandidatenländer aktiv zu unterstützen. Klare
891 Kriterien für den
892 Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess mit verbindlichen Angeboten
893 der
894 Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt, muss
895 sie ihre
896 Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.

897 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien
898 der EU,
899 ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis*
900 *communautaire*,
901 vollumfänglich übernehmen.

902 Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den
903 langwierigen
904 und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die Glaubwürdigkeit des
905 europäischen
906 Projekts. Es muss deutlich sichtbarer werden: Allein das Reformtempo in den
907 Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo. Deswegen wollen wir den
908 Beitrittsprozess mit
909 sichtbaren Zwischenschritten gestalten und diese mit positiven Anreizen
910 anerkennen, zum
911 Beispiel dem Zugang zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts. Ein
912 Stillstand der
913 Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte sollten im
914 Umkehrschluss zu
915 einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im Beitrittsprozess muss auf dem
916 Kampf gegen
917 Korruption und Organisierte Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der
918 EU-
919 Antikorruptionsbehörde OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die
920 Beitrittskandidaten und die von ihnen eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

921 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den
922 Beitrittsstaaten, ihre
923 Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die
924 EU ist uns
925 eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer
926 auch jenseits
927 der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter*innen der Beitrittsländer sollen an
928 ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können.

929 Westbalkanstaaten

930 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina,
931 Kosovo,
932 Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

933 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den
934 sensiblen
935 Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses

936 Beitrittsversprechen
937 darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit
938 Albanien und
939 Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die
940 Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.

941 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption,
942 Organisierter
943 Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender
944 Aufarbeitung
945 der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im
946 Beitrittsprozess
947 intensiv unterstützen. Die Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser
948 fördern,
949 besonders auch die grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und
950 eine
951 inklusive Erinnerungskultur unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den
952 Westbalkan
953 wollen wir die Region beim Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien und
954 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

955 Ukraine

956 Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der
957 EU. Millionen
958 Ukrainer*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen russischen
959 Angriffskrieg mutig
960 entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen Versuch Russlands, ihr Land zu
961 unterwerfen und
962 ihre Kultur auszulöschen, das Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu
963 zerstören.

964 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen,
965 finanziellen und
966 auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die
967 Ukraine
968 weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre Souveränität und volle
969 territoriale
970 Integrität wiedererlangen und verteidigen kann. Wir stehen fest an der Seite der
971 Ukraine,
972 ihrer Menschen und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und
973 Selbstverteidigung und
974 unterstützen den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten,
975 zuverlässigen
976 Sicherheitsgarantien.

977 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide
978 Seiten
979 profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei
980 auf
981 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung und eine

982 aktive Rolle
983 der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene.

984 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau
985 der Ukraine
986 finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf
987 es auch
988 großer finanzieller Anstrengungen und erheblich beschleunigter Verfahren, um
989 schnelle
990 Ergebnisse zu erzielen und das Land gegen die russischen Angriffe zu stärken.

991 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die
992 russische
993 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des
994 Verbrechens des
995 Aggressionskriegs aufklären und bestrafen. Ein internationaler Mechanismus soll
996 über die
997 Wiedergutmachung der Sach- und Personenschäden durch Russland an die Ukraine
998 entscheiden und
999 so eine Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des
1000 Wiederaufbaus der
1001 Ukraine schaffen.

1002 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten,
1003 dass die EU
1004 die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese
1005 als Zeichen
1006 der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu
1007 gehört auch, den
1008 Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des
1009 Schwarzen Meeres
1010 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich
1011 und trägt zur
1012 globalen Ernährungssicherung bei.

1013 Georgien und Moldau

1014 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem
1015 Ziel von
1016 militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Diese sind
1017 seit Beginn
1018 des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine intensiviert worden. Wir stehen
1019 entschlossen
1020 zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden
1021 Moldau und
1022 Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch
1023 die dafür
1024 nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat
1025 seit 2020
1026 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent
1027 unterstützen.

1028 Europäische Nachbarschaft

1029 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die
1030 konstruktiv mit
1031 ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

1032 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung
1033 von
1034 Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir
1035 intensivieren.

1036 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur
1037 engeren
1038 Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-
1039 Mitgliedschaft
1040 anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit
1041 im
1042 ausgeprägten europäischen Interesse.

1043 Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran
1044 arbeiten,
1045 ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge
1046 wirtschaftliche und
1047 militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem Königreich ist im
1048 beiderseitigen
1049 Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte Königreich wieder in das EU-
1050 Forschungsprogramm
1051 Horizont Europa einsteigt. Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische
1052 Regierung
1053 praktische Hürden beim Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel
1054 bei den
1055 Studierenden-Visa, möglichst rasch abbaut.

1056 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen
1057 Angriffskrieg
1058 gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention bewahren.
1059 Sie kann in
1060 der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

1061 Türkei

1062 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine
1063 langjährige
1064 Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen,
1065 kulturellen und
1066 wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische
1067 Türkei, in
1068 der die Rechte aller ihrer Bürger*innen geachtet werden, einen festen Platz in
1069 der
1070 europäischen Familie hat.

1071 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung
1072 hat sich in

1073 den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten
1074 entfernt.

1075 Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil
1076 offensiv gegen
1077 europäische Interessen. Die anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts
1078 oder die
1079 völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine
1080 schwierige
1081 Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen Sicherheitslage
1082 ist.
1083 Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen die Ukraine und
1084 darüber hinaus
1085 engagiert.

1086 Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin
1087 für die NATO,
1088 für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine aktive GRÜNE
1089 Außenpolitik.
1090 Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt erst
1091 dann wieder
1092 geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
1093 einschlägt.

1094 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und
1095 möglich
1096 ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des
1097 Klimawandels. Der
1098 autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen
1099 die EU, gegen
1100 die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Kurd*innen und
1101 andere
1102 Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger*innen im eigenen Land wenden,
1103 treten wir
1104 entschieden entgegen. Die türkische Regierung muss die unzähligen politischen
1105 Gefangenen aus
1106 der Haft entlassen und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für
1107 Menschenrechte Folge
1108 leisten.

1109 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk*innen, die sich für
1110 Demokratie und
1111 Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die türkische
1112 Zivilgesellschaft,
1113 die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützt.

1114 **6. Ein starkes Europa in der Welt**

1115 Die östliche Nachbarschaft der EU

1116 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren
1117 Kontinent.

1118 Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem
1119 feindseligen
1120 Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es
1121 zielgerichtete
1122 Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders
1123 die
1124 veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen.
1125 Gleichzeitig müssen
1126 wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch
1127 russische
1128 Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders
1129 unterstützen.

1130 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den
1131 Protesten
1132 rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für
1133 Demokratie und
1134 Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und
1135 mit
1136 Nachdruck für die Unterstützung der belarusischen Zivilgesellschaft und
1137 Opposition, die
1138 Freilassung aller politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarusischen
1139 Regimes und
1140 für freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

1141 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die
1142 Unterstützung des
1143 russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen und
1144 Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen
1145 werden. Wir
1146 setzen uns insbesondere dafür ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von
1147 Beweismaterial
1148 unterstützt.

1149 Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren
1150 und
1151 bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv unterstützen.
1152 Armeniens Weg
1153 für mehr politische Teilhabe und persönliche Freiheiten wurde durch russischen
1154 Druck und den
1155 Krieg um Bergkarabach massiv erschwert. Wir begrüßen daher die EU-
1156 Beobachtungsmission in
1157 Bergkarabach als wichtigen Schritt, den fortwährenden Konflikt zwischen
1158 Aserbaidshan und
1159 Armenien zu befrieden. Die EU kann hier als stabilisierender Mittler agieren und
1160 dadurch
1161 zugleich die demokratischen Reformkräfte Armeniens stärken.

1162 Putin und sein Machregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt.
1163 Sicherheit
1164 in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit Russland.
1165 Gewalt, Lüge,
1166 Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft

1167 wurde mundtot
1168 gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer
1169 Gefangenschaft.
1170 Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge
1171 einsetzen. Wir
1172 sehen uns als Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und
1173 demokratisches
1174 Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das
1175 verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische
1176 Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter*innen. Wirtschafts- und
1177 handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.

1178 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den
1179 russischen
1180 Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht
1181 und muss
1182 dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden.

1183 Transatlantische Beziehungen

1184 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer*innen zugleich eine so
1185 tiefe
1186 gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA
1187 haben nach
1188 dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur politischen
1189 Einigung auf
1190 dem europäischen Kontinent und zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

1191 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für
1192 unsere
1193 europäische Gegenwart und Zukunft. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die
1194 Ukraine haben
1195 die USA mehr als jedes andere Land dazu beigetragen, die Friedensordnung in
1196 Europa zu
1197 verteidigen und die politische Einheit der europäisch-atlantischen Allianz zu
1198 sichern. Die
1199 derzeitige US-Administration ist ein strategischer Partner: für unsere
1200 Sicherheit, für die
1201 klimagerechte Erneuerung unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der
1202 liberalen
1203 Demokratie.

1204 Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China,
1205 Russland und
1206 anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir globale
1207 Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern und
1208 ausbauen.
1209 Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den klimaneutralen
1210 Umbau
1211 unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir Zukunftstechnologien
1212 entwickeln
1213 und sie zugleich zum Wohle der Menschen und ihrer Freiheit aktiv gestalten.

1214 Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und
1215 handlungsbereite Partner
1216 auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es mehr europäische
1217 Anstrengungen, um
1218 eigene sicherheits-, verteidigungs- und wirtschaftspolitische Kapazitäten zu
1219 entwickeln.
1220 Antiliberale Tendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks gefährden das
1221 Wertefundament, auf dem
1222 die transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es entschieden
1223 entgegenzutreten.

1224 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA
1225 gleichzeitig
1226 intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt zum einen, die
1227 transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den
1228 Ausbau von
1229 Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und
1230 Wissenschaft.
1231 Und Diversifizierung heißt zum anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren
1232 – durch eine
1233 Stärkung der eigenständigen Handlungsfähigkeit der EU.

1234 Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein
1235 geeignetes
1236 Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu entwickeln.
1237 Einer Vertiefung
1238 der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA stehen wir offen gegenüber, wenn
1239 die soziale
1240 und ökologische Standardsetzung dabei dem Prinzip des „Race to the Top“ folgt.

1241 China

1242 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer
1243 Rivale. Durch
1244 Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne tritt die
1245 Partnerschaft jedoch
1246 zunehmend in den Hintergrund. Wir sind besorgt über die politische Entwicklung
1247 in China. Sie
1248 trägt zu einer weiteren Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China
1249 bei. Im
1250 Innern handelt die chinesische Führung repressiver und autoritärer; nach außen
1251 verfolgt sie
1252 inzwischen offen hegemoniale Ambitionen und versucht aggressiv, den eigenen
1253 globalen
1254 Einfluss zu erweitern. Dazu gehört eine enge Partnerschaft mit Russland.
1255 Deswegen setzen wir
1256 uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als Institution
1257 sowie für
1258 einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere transatlantische
1259 Koordinierung
1260 des Verhältnisses zu China ein.

1261 Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum
1262 Beispiel bei
1263 Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die europäische
1264 Wirtschaft
1265 dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne eine
1266 ambitionierte,
1267 eigenständige Industrie- und Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei
1268 ist es
1269 zentral, dass die EU einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert.
1270 Stimmen, die
1271 einer kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine
1272 Absage.

1273 China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter
1274 Exportmarkt. Das
1275 Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte nach China ab.
1276 Noch gibt es
1277 in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa, zudem ist der europäische
1278 Markt für
1279 chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann hier den bestehenden
1280 Handlungsspielraum besser
1281 und selbstbewusster nutzen, vor allem im Bereich der Transparenzpflichten
1282 chinesischer
1283 Konzerne bei Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Der
1284 Schutz
1285 Kritischer Infrastruktur vor dem Zugriff chinesischer Investitionen muss
1286 nachhaltig und in
1287 der gesamten EU gewährleistet werden.

1288 Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments
1289 der EU sowie
1290 einen koordinierten Ansatz bei Exportrestriktionen im Bereich sensibler
1291 Technologien. Mit
1292 gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser gegen wirtschaftliche
1293 Erpressungsversuche
1294 verteidigen und eine abschreckende Wirkung erzielen.

1295 Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur*innen in
1296 der Provinz
1297 Xinjiang, aber auch gegen Tibeter*innen, religiöse Minderheiten und
1298 Vertreter*innen der
1299 Zivilgesellschaft durch die chinesische Regierung müssen beendet werden. Der
1300 Schutz der
1301 Menschenrechte ist Grundlage europäischer Politik. Produkte aus Zwangsarbeit in
1302 China dürfen
1303 keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen.

1304 Wir halten an der Ein-China-Politik der EU fest. Gleichzeitig erkennen wir an,
1305 dass das
1306 Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des militärischen
1307 Drucks der
1308 Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Wir betrachten Taiwan als
1309 demokratischen

1310 Wertepartner und setzen uns dafür ein, den wirtschaftlichen, kulturellen und
1311 politischen
1312 Austausch zu intensivieren.

1313 Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise der
1314 Entwicklungsländer, der
1315 Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie bei Klimaschutz- und
1316 Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist, mit China
1317 zusammenarbeiten. Dies
1318 gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz, den Schutz der Biodiversität oder
1319 den Schutz
1320 der Weltmeere. In diesen und weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der
1321 universellen
1322 Erklärung der Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung
1323 offen für
1324 Kooperation.

1325 Naher Osten und Nordafrika

1326 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger
1327 Nachbar für die
1328 EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend
1329 unerfüllt, und
1330 in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region
1331 verfestigt. Wir
1332 wollen aber trotz der schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die
1333 die
1334 wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch
1335 nach einem
1336 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der
1337 europäischen
1338 Nahostpolitik stehen.

1339 Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der
1340 Zusammenarbeit von
1341 kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine besondere Chance, um
1342 Strukturen
1343 jenseits der oft staatsdominierten Großunternehmen in der Region zu stärken.

1344 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche
1345 Partnerin sein für
1346 all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und
1347 Freiheit und
1348 Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und
1349 jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine
1350 besondere
1351 Verantwortung.

1352 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären
1353 Regimen in der
1354 Region erpressbar macht. Eine einseitige Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im
1355 Verhältnis zu
1356 den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime,

1357 die selbst
1358 Fluchtgründe schaffen.

1359 Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen
1360 Volkes mit
1361 gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Für Frieden und
1362 Sicherheit
1363 braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines souveränen,
1364 lebensfähigen und
1365 demokratischen Staates Palästina.

1366 Im Iran stehen wir an der Seite der Protestbewegung, die sich für feministische
1367 Prinzipien
1368 und einen freiheitlichen und demokratischen Staat einsetzt. Wir treten dafür
1369 ein, dass die
1370 EU die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes aufrechterhält und
1371 erweitert. Die
1372 iranische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet
1373 werden. Zudem
1374 muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora
1375 unterstützen und
1376 politisch verfolgte Iraner*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum
1377 Hamburg als
1378 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich
1379 geschlossen
1380 werden. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-Verbreitungsabkommen
1381 halten.

1382 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen
1383 auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um
1384 Deeskalation in der
1385 Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum
1386 Beispiel
1387 angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.

1388 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden schnellen Abzug
1389 westlicher Truppen
1390 tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber Afghanistan. Wir verurteilen
1391 vor allem die
1392 Verdrängung von Frauen aus fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens und
1393 erkennen die
1394 Taliban nicht als Regierung Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die
1395 EU
1396 angesichts der dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und
1397 dabei
1398 explizit Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger*innen sind
1399 aufgrund
1400 ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder
1401 ihres
1402 Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den konsequenten
1403 Schutz und die
1404 Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger*innen.

1405 Afrika

1406 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng
1407 verbunden. Wir
1408 wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen
1409 Kontinent in ihren
1410 Bemühungen unterstützen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs
1411 vor Ort zu
1412 schaffen. Wir sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen
1413 Kontinent in
1414 Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide
1415 Seiten. Dabei
1416 begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe.

1417 Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima- und Wasserstoffpartnerschaften,
1418 die dazu
1419 beitragen können, die Industrie auf beiden Kontinenten klimaneutral
1420 voranzubringen. Wir
1421 wollen sie daher ausbauen. Dabei ist für uns klar, dass die erzeugte Energie und
1422 damit
1423 verbundene Wertschöpfungsketten immer zuerst den produzierenden Ländern vor Ort
1424 und ihrer
1425 Nachbarschaft zur Verfügung stehen müssen.

1426 Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative
1427 ein Schritt in
1428 Richtung weiterer wirtschaftlicher Entwicklung beider Kontinente und trägt als
1429 attraktives
1430 europäisches Angebot für die großen Investitionsbedarfe zur Verringerung der
1431 Abhängigkeit
1432 von China und Russland bei. Wir wollen die regionale Integration in den
1433 afrikanischen
1434 Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden
1435 panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

1436 Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für
1437 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Dort, wo die staatlichen
1438 Strukturen
1439 geschwächt sind, wollen wir durch eine Unterstützung der Zivilgesellschaft und
1440 demokratischer politischer Akteure zu einem Wiederaufbau beitragen. Eine
1441 besondere Rolle
1442 kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen zu.

1443 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht
1444 gekennzeichnet.
1445 Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den
1446 Folgen der
1447 Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht
1448 wurde. Im
1449 Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes wollen wir Beziehungen gestalten, die
1450 von Respekt
1451 und Gleichberechtigung getragen werden.

1452 Indopazifik

1453 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum
1454 verschoben. Hier
1455 findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung
1456 statt.

1457 Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan,
1458 Südkorea,
1459 Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit den ASEAN-Staaten
1460 intensivieren.
1461 Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und
1462 wirtschaftliche Modernisierung legen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft und
1463 die
1464 Menschenrechte stärken. Auch die tiefe Kooperation mit Japan als engster Partner
1465 im
1466 indopazifischen Raum sowie einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir
1467 weiter
1468 ausbauen. Ein Beispiel hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im
1469 Mai 2022 mit
1470 Japan als erstes Partnerland überhaupt geschlossen hat.

1471 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer
1472 Existenz
1473 bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen beigetragen haben.
1474 Wir wollen
1475 sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden Meeresspiegels
1476 konkret und
1477 finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in
1478 Handelsbeziehungen mit den
1479 Staaten der gesamten Region verankern und die Produktion von grüner Energie in
1480 der Region,
1481 zum Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.

1482 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien
1483 an. Wir
1484 begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso
1485 wie die
1486 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung
1487 für die
1488 Bereitstellung globaler digitaler Güter an und wollen eine verstärkte
1489 Zusammenarbeit bei
1490 digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss
1491 sich an klaren
1492 Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender
1493 Sorge betrachten
1494 wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir
1495 unterstützen die
1496 indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung
1497 territorialer Konflikte
1498 in Grenzregionen ein.

1499 Lateinamerika

1500 Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele
1501 auch unsere
1502 Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa natürliche
1503 Partner bei der
1504 Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das wiederbelebte Gipfeltreffen
1505 zwischen der EU
1506 und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC)
1507 ermöglichen
1508 eine intensive Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.

1509 Allerdings ist die liberale Demokratie in einigen Staaten nach wie vor unter
1510 Druck, wie
1511 beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude Anfang 2023 in Brasilien gezeigt
1512 hat.
1513 Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie gegen autokratische
1514 Tendenzen und
1515 Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür ist eine starke Zivilgesellschaft
1516 essenziell.
1517 Wir wollen Aktivist*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte
1518 von LGBTIQ*,
1519 Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine
1520 effektive
1521 Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig.

1522 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in
1523 Lateinamerika. Die
1524 Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine
1525 Intensivierung
1526 von Klima- und Rohstoffpartnerschaften sowie eine Ausweitung der Kooperation für
1527 nachhaltige
1528 Landwirtschaft und für effektiven Naturschutz. Der Schutz der Rechte der
1529 indigenen
1530 Bevölkerung muss dabei bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.

1531 Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um
1532 seine
1533 Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Die Global-Gateway-
1534 Initiative der EU
1535 kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Diese Partnerschaften können nur dann
1536 erfolgreich
1537 sein, wenn beide Seiten davon profitieren und ein substanzieller Teil der
1538 Wertschöpfung in
1539 Lateinamerika verbleibt. Wir werden das Mercosur-Abkommen nur ratifizieren, wenn
1540 von Seiten
1541 der Partnerländer umsetzbare, überprüfbare und rechtliche verbindliche,
1542 einklagbare
1543 Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart
1544 werden.
1545 Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur gemeinsam mit einer
1546 gleichwertigen

1547 Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des Regenwaldes geben. Dadurch stellen
1548 wir sicher,
1549 dass unsere Partnerschaft mit Lateinamerika intensiviert und gleichzeitig
1550 Menschenrechte
1551 garantiert und das Weltklima geschützt werden.